



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Von Grünen bis AfD: im Heizungs-Streit vertreten alle die Kapitalisten

Der Streit um das Heizungsgesetz beherrscht seit Wochen das Parlament. Doch keine Partei steht dabei auf Seiten der einfachen Bevölkerung.

Die Grünen-Politiker finden es selbstverständlich, eine weitere finanzielle Belastung für Millionen Arbeitende und Rentner*innen zu beschließen. Zynisch erklären sie Menschen, die am 20. des Monats kein Geld mehr auf dem Konto haben und die ihre Nebenkosten-Abrechnung in Raten abstottern müssen, dass man auch „mal“ verzichten müsse. Wofür diesmal? „Für das Klima“, sagen sie. Dabei ist offensichtlich, dass ihr Heizungsgesetz das Klima kein bisschen schützt.

Wie die meisten „Klimaschutz-Gesetze“ ist es vor allem ein Vorwand für Geschenke an Konzerne. Diesmal freuen sich die Immobilienhaie, die mit dem Einbau der neuen Heizung einen weiteren Vorwand haben, um die Mieten zu erhöhen. Es freuen sich die Stromkonzerne, da Wärmepumpen mit teurem Strom betrieben werden. Und vor allem natürlich die Konzerne, die wie Bosch und Vaillant Wärmepumpen herstellen und nun einen riesigen Markt geschenkt bekommen.

Auch Rheinmetall steigt jetzt übrigens in das verlockende Wärmepumpen-Geschäft ein. Sagt das nicht alles? Da rettet also jetzt angeblich ein Konzern das Klima, der gleichzeitig massenhaft Waffen und Kriegsgeräte baut, die Menschen und Klima zerstören.

CDU, FDP und AfD prangern den „Heizungshammer“ an. Doch sie tun so, als würde nur dieses Gesetz uns finanziell erdrosseln. Als wären im letzten Jahr nicht auch die Kosten für Öl- und Gasheizungen explodiert.

Unser Problem ist nicht nur das Heizungsgesetz, sondern das alles teurer geworden ist – weil große Konzerne, allen voran die Energie- und Lebensmittelkonzerne, die Preise skrupellos in die Höhe geschraubt haben. Und unser Problem ist, dass Löhne, Renten und Sozialleistungen nicht entsprechend mit

den Preisen mitsteigen.

Doch gegen den Preishammer der Konzerne haben AfD, CDU und FDP keine Kampagne veranstaltet. Im Gegenteil! Genau diese drei Parteien haben in Berlin ein Gesetz verhindert, das zumindest schlimmste Wucher-Mieten gesenkt hätte. Sie haben selbst die kleinste Steuer auf „Übergewinne“, also auf die exorbitanten Gewinne des letzten Jahres verhindert. Gleichzeitig haben diese drei Parteien am lautesten gegen die Streiks für höhere Löhne gewettert – und damit gegen den einzigen Weg, wie wir Arbeitenden uns effektiv gegen die steigenden Preise wehren können.

AfD und CDU schimpfen bewusst nur über die Regierung: um von den Konzernen, den eigentlichen Krisengewinnern und Haupt-Verursachern sowohl der wachsenden Armut als auch des Klimawandels abzulenken – und damit von den einzigen Maßnahmen, die uns Arbeitenden wirklich helfen könnten.

Konzerne, die uns mit hohen Preisen und Arbeitshetze auspressen, die die ganze Welt in Armut treiben, die Meere und Klima zerstören – um Milliarden zu scheffeln – sie kann man mit Fug und Recht als „kriminelle Vereinigungen“ bezeichnen.

Stattdessen werden die Jugendlichen als „kriminelle Vereinigung“ verfolgt, die sich aus Verzweiflung darüber, dass die zerstörerischen Folgen des Klimawandels immer näher rücken und die Herrschenden nichts Ernsthaftes unternehmen, auf der Straße festkleben. Natürlich ist ihre Hoffnung naiv, dass sie so die Politiker dazu bewegen könnten, gegen die Profitinteressen der Konzerne zu handeln und wirklich was für den Klimaschutz zu tun. Aber kriminell?

Von den Grünen bis zur AfD tun alle so, als würden die „Klima-Kleber“ uns Arbeitenden das Leben schwer machen. Doch wie oft sind wir bitte zu spät zur Arbeit gekommen, weil wir von Protesten der Klima-Aktivisten aufgehalten wurden – und wie oft, weil mal wieder

Bus und Bahn zu spät kamen, wegen der jahrelangen Sparmaßnahmen? Wie oft standen wir im Stau wegen Protesten der Klima-Aktivisten – und wie oft, weil Brücken und Straßen nicht instandgehalten werden?

Die „Klimakleber“ sind mit ihren perspektivlosen Aktionen einfache Sündenböcke. Mit der Verfolgung der Aktivist*innen lenken die Herrschenden von ihrer eigenen Tatenlosigkeit ab. Und sie dient ihnen als ideologische Vorbereitung von Maßnahmen gegen alle Arbeitenden.

So zeren sie Klima-Aktivisten wegen „Nötigung“ vor Gericht, weil diese einzelne Straßen blockieren. Kurz darauf wird dasselbe Argument gegen die Streiks bei der Deutschen Bahn benutzt. Nach dieser Logik ist in letzter Konsequenz jeder Streik, der eine Fabrik, eine Kita oder ein Lager lahmlegt, „Nötigung“ – und bald jeder Zusammenschluss von Arbeitenden, die sich wehren, eine „kriminelle Vereinigung“.

CDU-Chef Merz fordert sogar Gefängnisstrafen für Klima-Aktivisten mit dem Argument: „Solange sie sitzen, ist draußen Ruhe.“ Er versucht also, die verbreitete Ablehnung der Klimakleber zu nutzen, um uns die Idee schmackhaft zu machen: Wer zu viel protestiere, gehöre ins Gefängnis, damit die Herrschenden „Ruhe“ haben.

Die Herrschenden wissen, dass ihre Gesellschaftsordnung weder einen Ausweg aus der weltweiten Krise der Wirtschaft noch aus der des Klimas bieten kann. Dass diese im Gegenteil immer mehr Ungerechtigkeit, Elend und Katastrophen hervorbringt. Und dass dies zwangsläufig Wut und Widerstand erzeugen wird, gegen den sie nicht mehr anders als mit Unterdrückung vorgehen können. Darauf bereiten sie sich vor.

Umso entscheidender ist, dass wir unsere Wut und unseren Widerstand nicht in Sackgassen lenken lassen. Dass wir sie gegen die wahren Verursacher unserer Probleme richten: gegen die Besitzer der Konzerne und Banken – und das kapitalistische System.

Ukraine: Mitten in den Wassermassen geht der Krieg weiter

Der zerstörte Staudamm ist die nächste Katastrophe für die Menschen in den umkämpften Gebieten der Ukraine: Dörfer und Städte, die innerhalb von Stunden zerstört wurden. Verwüstete Felder. Minen, die sich mit den Wassermassen überall verteilen. Fehlendes Trinkwasser...

Noch immer sind zahllose Menschen auf den Dächern ihrer Häuser gefangen und warten darauf, dass man sie vor den steigenden Wassermassen rettet.

Doch der Fluss ist genau die Frontlinie. Auf der einen Seite ist die russische Armee, auf der anderen Seite die ukrainische. Während Freiwillige unter Einsatz ihres Lebens zu helfen versuchen, wird die Evakuierung immer wieder behindert, weil beide Armeen lieber schießen, statt Rettungsboote vom „falschen“ Ufer in ihre Nähe zu lassen.

Selbst mitten im Überschwemmungsgebiet führen die beiden Armeen weiter Krieg gegeneinander. Sie nutzen ihre Ausrüstung und Soldaten lieber, um

sich gegenseitig anzugreifen – während neben ihnen Zivilisten vergeblich auf Hilfe warten.



Noch immer ist nicht sicher, ob der Staudamm absichtlich zerstört wurde – und wenn ja, von welcher Seite.

Doch es spricht Bände, dass sowohl die Bevölkerung wie auch die Mehrheit der Militärexperten eine solche grausame Taktik, die in der Region über Jahre verbrannte Erde hinterlässt, prinzipiell dem russischen wie dem ukrainischen

Generalstab zutrauen.

Die Zerstörung des Staudamms ist die jüngste Katastrophe in diesem Krieg, der das Leben für die Zivilbevölkerung zu einer immer größeren Hölle macht und deren Ende nicht in Sicht ist. Das ukrainische Parlament hat gerade entschieden, dass sich nun bereits 16 und 17jährige Jungen für den Wehrdienst registrieren lassen müssen!

Und beständig dreht sich auch die Eskalationsspirale zwischen der NATO und Russland weiter. So wirft die Ukraine nun ihrerseits Bomben über russischen Städten ab – mit Hilfe von Drohnen, die die NATO geliefert hat. Gleichzeitig führt die NATO im deutschen und osteuropäischen Luftraum die größte Militär-„Übung“ ihrer Geschichte durch... um sich auf den Kriegsfall mit Russland vorzubereiten.

Was die Bevölkerung in der Ukraine gerade erleidet, gibt uns ein kleines Gefühl davon, was uns allen blühen kann, wenn wir Arbeitenden nicht anfangen, selber in die Politik einzugreifen

USA: Die Rückkehr der Kinderarbeit

Mehrere Bundesstaaten in den USA erlassen gerade Gesetze, die den Unternehmen die legale Ausbeutung von Kindern ab 14 Jahren erleichtern.

So sollen 14jährige in einigen Bundesstaaten bis 23 Uhr abends arbeiten dürfen – und 6 Stunden pro Tag. Sie sollen auch in gefährlichen Branchen wie im Bergbau, in Kühlhäusern, Wäschereien oder der Holzfällerei beschäftigt werden dürfen. Sogar ein spezieller Führerschein soll eingeführt werden, der ihnen erlaubt, mit dem Auto zur Arbeit zu fahren – aber auch nur dorthin.

Die legale Kinderarbeit ist obendrein nur die Spitze des Eisbergs. Noch mehr hat in den letzten Jahren die illegale Kinderarbeit zugenommen: Unbegleitete Kinder und Jugendliche, die als Migranten ins Land gekommen sind, werden von Menschenhändlern an Unternehmen vermittelt, um ihre Schleuserkosten abzuarbeiten und ihren Familien in der Heimat etwas Geld schicken zu können.

Die Kapitalisten nutzen ihre Notlage aus, um sie unter den schlimmsten Bedingungen arbeiten zu lassen: Tags und nachts, unter oft gefährlichen Bedingungen, reinigen sie zum Beispiel messerscharfe Knochensägen im Schlachthof, arbeiten ungesichert auf Dächern, schleppen schwere Säcke... Und nicht wenige arbeiten für große Konzerne wie Ben&Jerry's, Walmart oder Ford. Erst Anfang Mai wurden 300 Fälle von illegaler Kinderarbeit bei McDonalds bekannt. Die jüngsten waren erst 10 Jahre alt.

Kinderarbeit in den reichsten, industrialisierten Ländern! Man fühlt sich, als wäre man in einer Zeitmaschine – zurückversetzt ins 19. Jahrhundert, in die Anfangszeit des Industriekapitalismus. Und in der Tat: Der Kapitalismus zieht uns unaufhörlich dahin zurück. Nach vorn kann es für uns nur noch gehen, wenn wir den Kapitalismus hinter uns lassen.

„Just in Time“-Schwimmen?

„Just in time“ kennt man aus der Industrie, und da funktioniert es schon nicht gut. Doch jetzt gibt es auch „just in time“-Schwimmbäder!

Denn auch Schwimmbäder sollen nach der Logik der Herrschenden zu 100% ausgelastet sein. Viele wurden als „überflüssig“ geschlossen. Teilweise gibt es daher nicht einmal mehr genug Bäder, damit alle Schulen ihren Schwimm-Unterricht machen können – selbst dann nicht, wenn jede Minute genutzt wird, wenn eine Klasse schon ins Wasser geht, während die andere noch rauskommt. Entsprechend hat sich die Zahl der Kinder, die nicht schwimmen können, in den letzten fünf Jahren verdoppelt – und mit ihr die Zahl der tödlichen Bade-Unfälle.

Aus Verzweiflung hat eine private Initiative mit Unterstützung des Landes NRW jetzt 5 mobile Schwimm-Container angeschafft. Sie sind 2,5 Meter breit und 10-15 Meter lang und werden auf einem LKW von Stadt zu Stadt transportiert. Dort können zumindest einige Kinder mehr schwimmen lernen.

Doch „just in time“ rollt der Schwimm-LKW dann zur nächsten Stadt. Und den Kindern bleiben zum Üben und für die Bade-Saison weiterhin nur die gefährlichen Flüsse und Seen.

Leipzig: Wo die wahre Gefahr lauert

Über 5 Jahre soll die Leipziger Autonome Lina E. dafür ins Gefängnis, dass sie einzelne berüchtigte Neonazis zusammengeschnitten haben soll. Mit ihren drei Mitstreitern zusammen sind es insgesamt 14 Jahre Gefängnis. Viele Politiker haben das extrem harte Urteil begrüßt und reden von der angeblichen Gefahr „linksextremer Gewalt“.

Das heißt wirklich die Realität auf Kopf stellen! In der Tat gibt es gerade in Ostdeutschland systematischen Terror und Gewalt... von Rechtsradikalen. Parteibüros, Vereine und Versammlungen werden immer wieder angegriffen. Teilweise reicht es, die falsche Hautfarbe oder Kleidung zu haben. Durch systematische Einschüchterungen versuchen Rechtsradikale dafür zu sorgen, dass sie in "ihrer" Gegend wie Diktatoren herrschen können.

Und die Urteile so mancher Staatsanwälte und Richter, von denen im Osten eine wachsende Zahl mit der AfD sympathisiert, werden sie nicht gerade ent-

mutigen. Gerade erst wurde eine Gruppe rechtsradikaler Studenten freigesprochen, obwohl sie andere Studenten überfallen haben – teils in Wehrmachtsuniform. Kurze Zeit vorher kamen zwei Neonazis, die einem Journalisten mit Baseballschläger und Schraubenschlüssel den Schädel gebrochen haben... mit einem Jahr auf Bewährung davon. Vor einigen Jahren zogen über 200 bewaffnete Neonazis durch Leipzig Connewitz und griffen Lokale und linke Einrichtungen an und erhielten ebenfalls nur Bewährungsstrafen.

Wie die Autonomen zu glauben, man könnte diese gefährliche Entwicklung aufhalten, indem man mit einer Handvoll Leute einen Kleinkrieg gegen Neonazis beginnt, ist absurd und wenig hilfreich. Vor allem, weil die Ursachen dieser Entwicklung viel tiefer, in der Entwicklung der wirtschaftlichen Krise liegen.

Doch die Politiker, die beides gleichsetzen, verharmlosen damit in Wahrheit den rechtsradikalen Terror – und die damit verbundene Gefahr für uns alle.



„Eure Galgen werden schon gezimmert“: Botschaft einer Neonazi-Truppe

Bayer und Co: Wer nicht fragt, bleibt dumm

Der Bayer- und der Syngenta-Konzern haben in den letzten zwanzig Jahre mehrere Pflanzenschutzmittel für Obst und Gemüse auf den Markt gebracht, von denen sie wussten, dass sie die Gehirn-Entwicklung von Föten und Kleinkindern schädigen.

Hätten die EU-Behörden diese Informationen gehabt, dann hätten sie diese Pestizide (wenn überhaupt) nur in geringen Mengen erlauben dürfen. Doch die EU-Behörden sind so freundlich und verlangen (anders als die USA) gar keine Auskünfte und Studien zu dieser wichtigen Frage.

So können sie den Konzernen den Gefallen tun und ihre schädlichen Produkte im großen Stil erlauben. Und wenn dann was passiert, können die Behörden einfach behaupten, sie hätten ja von nichts gewusst.

Keine Integration für Frauen?

Die sogenannten Integrationskurse vermitteln Migrant*innen erste Deutschkenntnisse und ein paar Orientierungen über den Aufbau des politischen Systems und das Alltagsleben in Deutschland. Doch fast nie werden diese Kurse mit Kinderbetreuung angeboten. Frauen mit kleinen Kindern werden dadurch fast systematisch von der Möglichkeit ausgeschlossen, die deutsche Sprache zu lernen – und damit auch davon, sich eigenständig im Alltag zu bewegen, breitere soziale Kontakte zu knüpfen und eine Arbeit anzunehmen.

In einer stark von Einwanderung geprägten Stadt wie Rüsselsheim samt Landkreis mit ca. 270.000 Einwohnern zum Beispiel gibt es rund 20-30 Integrationskurse, doch nur einen einzigen mit Kinderbetreuung – und der wird als Sparmaßnahme jetzt abgeschafft.

Aber in jedem Integrationskurs gibt es ein ganzes Kapitel, in welchem den Teilnehmer*innen ganz stolz erzählt wird, dass in Deutschland Frauen die gleichen Rechte und Möglichkeiten hätten wie Männer... auf dem Papier.

Die Schmarotzer sind die Kapitalisten

Die Stadt Essen wollte ein Bürogebäude kaufen, das seit anderthalb Jahren leer steht, um dort 250 Geflüchtete unterzubringen. Kurz vor der Kaufentscheidung jedoch hat ein reicher Essener Immobilien-Makler, der mehrere Firmen besitzt (und wohl auch gute Kontakte zu hohen Tieren der Parteien und Stadtverwaltung hat) ganz plötzlich das Gebäude gekauft. Dann hat er es der Stadt zur Miete angeboten: und zwar für eine halbe Millionen Euro Miete pro Jahr und auch nur, wenn die Stadt sich bereit erklärt, diese Wucher-Miete mindestens 12 Jahre lang zu zahlen. Die Stadt ist auf die Erpressung eingegangen und zahlt das Geld.

So viel dazu, wer hier „nur die Hand aufhält und kassiert.“ Das sind ganz sicher nicht diejenigen, die mit wenigen hundert Euro in Asyl-Unterkünften hausen müssen und uns oft nach kurzem als Amazon-Fahrer oder Reinigungskraft im Pflegeheim begegnen – sondern Kapitalisten, die alles besitzen und sich ungeniert selbst noch an den Unterkünften der Ärmsten bereichern.

Nichts als die Wahrheit?

Eigentlich müssten in der gesamten EU seit einiger Zeit alle Leiharbeiter*innen den gleichen Lohn bekommen wie die Stammbeschaft – und zwar vom ersten Arbeitstag an. Trotzdem hat das Bundesarbeitsgericht jetzt entschieden: In Deutschland sei es OK, dass Leiharbeiter auch 4 Euro weniger die Stunde verdienen. Sie hätten dafür ja andere „Vorteile“: Schließlich würden sie dafür von der Leiharbeitsfirma bezahlt, wenn sie keinen Einsatz hätten.

Ach ja, auf welchem Planeten denn? In Wahrheit werden Leiharbeiter*innen ganz oft am Ende ihres Einsatzes einfach von der Leihfirma entlassen. Seit der Einführung der Hartz-Gesetze 2003 ist ihnen das erlaubt. Und für kleinere Lücken müssen die meisten Leiharbeiter*innen extra Überstunden ansammeln. Auch deren Überbrückung zahlen sie sich also selber.

Auch die Richter wissen, dass die Begründung für ihr Urteil eine offene Lüge ist. Aber was wiegt schon eine „kleine Notlüge“, wenn es um so wichtige Interessen der Konzerne geht?



Kämpfen mit ihren Mitteln: 2.000 Leiharbeiter bei VW streiken für gleiche Löhne

Batterien: Profit-Versorgung

Mercedes, Peugeot-Citroen und Total haben am 30. Mai in Nordfrankreich die größte Fabrik für E-Auto-Batterien in Europa eröffnet. Für diese Fabrik haben sie von der deutschen und französischen Regierung 1,3 Milliarden Euro Subventionen bekommen: weil sie ja angeblich was für den Klimaschutz tun und dafür, dass Europa „von Asien unabhängiger“ werde.

Die drei Konzerne haben letztes Jahr über 50 Milliarden Euro Gewinn gemacht und machen auch mit den Autobatterien ordentlich Gewinn. Doch der Regierung ist jeder Vorwand recht, um den Konzernen weitere Milliarden aus der Staatskasse zu schenken. Schließlich können die Gewinne für die Aktionäre nie hoch genug sein.

Wie Konzerne auch mit Kitas Gewinn machen

Da die Konzerne die Weltbevölkerung immer weiter auspressen und ärmer machen, schrumpfen letztlich auch ihre Absatzmärkte. Denn wenn alle ärmer werden, können sie auch weniger Produkte der Konzerne kaufen. Schon länger sind die Kapitalisten daher auf der Suche nach neuen Bereichen, mit denen sie Gewinn machen können – nicht zuletzt im Öffentlichen Dienst, der bis dahin von der Profitlogik etwas verschont worden war. Ein Bereich nach dem anderen wird (teil-)privatisiert und ausgesaugt: Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen, Strom, Bus und Bahn, Gefängnisse... Und nun haben die Konzerne einen Weg gefunden, auch aus den Kitas Geld herauszuziehen.

Das Prinzip ist einfach. Ein Unternehmen gründet eine „gemeinnützige Gesellschaft“, die eine Kita eröffnet. Die darf zwar offiziell keinen Gewinn machen. Doch gleichzeitig baut eine andere Tochterfirma desselben Unternehmens das Kita-Gebäude. Und niemand hindert die „gemeinnützige Gesellschaft“ nun daran, völlig überhöhte Mieten an ihre Schwesterfirma zu überweisen. Andere Schwesterfirmen liefern – ebenfalls zu überhöhten Preisen – das Essen, machen Hausmeister- und Reinigungsarbeiten... So lenkt das Unternehmen einen ganzen Teil des Geldes, das eigentlich für die Kinder bestimmt war, auf die Konten seiner Tochterfirmen! Entsprechend weniger Geld bleibt übrig, um Erzieher*innen einzustellen und zu bezahlen, um Ausflüge oder andere Aktivitäten zu machen...

Kinder, Eltern, Erzieher*innen, wir alle bezahlen für den parasitären Charakter der heutigen Wirtschaftsordnung.

Höheres Rentenalter ist tödlich

Wissenschaftler*innen der Universitäten Mannheim und Barcelona haben nachgewiesen: Mit jedem Jahr, das wir später in Rente gehen, verkürzt sich unsere Lebenserwartung. Allein mit der derzeitigen Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 vergrößert die Regierung das Risiko, dass wir vor dem siebzigsten Lebensjahr sterben, um fast 10%!

Ihre Renten-Reformen sind regelrecht kriminell! Die Wissenschaftler*innen bestätigen, wovon wir Arbeitenden bereits vorher überzeugt waren: Wir sollten alle spätestens mit 60 ohne Abzüge in Rente gehen.

Zinsen: Geld für die Reichen ist immer da

Nach der Erhöhung der Zinsen durch die Europäische Zentralbank haben die Banken die Gelegenheit genutzt und gleich auch die Zinsen für die Schulden erhöht, die der deutsche Staat bei ihnen hat: Er muss dadurch für die gleichen Schulden wie im letzten Jahr jetzt... 30 Milliarden (!) Euro mehr an Zinsen zahlen.

Da diskutiert die Regierung gerade über eine Krankenhaus-Reform, nach der gut jedes vierte Krankenhaus geschlossen würde – weil man kein Geld habe. Da verabschiedet die Regierung eine Pflege-Reform, die die Beiträge erhöht, die Pflege aber nicht verbessert – weil man dafür kein Geld habe. Da weigert sich der Bund auch nach wochenlangem Streit, den Kommunen dauerhaft mehr Unterstützung für die Unterbringung und Integration von Geflüchteten zu zahlen – weil man dafür kein Geld habe.

Aber wenn die Banker und Spekulanten „mal eben“ 30 Milliarden pro Jahr zusätzlich fordern – dann ist es für die Regierung Ehrensache, sie ihnen ohne Diskussion zu zahlen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14 € pro Jahr!